



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 14.09.2011

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 20. September 2011, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift

2. **11-F-33-0020**

Jahr der Wälder

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 13.09.2011

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- zu berichten, welche Veranstaltungen zum Jahr der Wälder in Wiesbaden durchgeführt wurden oder noch werden,
- über die Resonanz auf diese Veranstaltungen zu berichten,
- aufzuzeigen, welche Erkenntnisse aus diesen Veranstaltungen gewonnen wurden.

3. 11-F-33-0021

Holz hackschnitzel-Anlagen in öffentlichen Einrichtungen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 13.09.2011

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1.) wie viele Heizungsanlagen seit 2005 in Wiesbaden auf Grundlage des Beschlusses 05-F-02-0007 erneuert wurden. In welcher Anzahl gab es Alternativprüfungen? Wie viele Fälle gab es, in denen keine Alternativprüfung vorgenommen wurde und warum?

2.) wie beurteilt der Magistrat die Erfolgsaussichten für die Zukunft, dass der Beschluss 05-F-02-0007 erfüllt werden kann?

4. 11-F-33-0022

Fortführung Baumscheibenpatenschaften
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 13.09.2011

Der Ausschuss für Umwelt, Sauberkeit und Energie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- den aktuellen Sachstand zum Projekt Baumscheibenpatenschaften darzustellen,
- über die Warteliste (Anzahl der Bürgerinnen und Bürger und Wartezeit) zu berichten,
- sicherzustellen, dass das Projekt sinnvoll fortgeführt und die Warteliste zeitnah abgearbeitet werden kann.

5. 11-F-07-0012

Antrag -Öffentliches Bunt- 09-F-07-0013 vom 28. April.2009 - Beschluß 0062
Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 13.09.2011

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

ob vorgeschlagene bzw. ähnliche Saatgutmischungen in den städt. Grünanlagen eingesetzt wurden?

Wenn ja,

- in welchen Bereichen wurden diese Blumensamenmischungen ausgebracht?

- ist auch für 2012 und weitere Jahre geplant die angegebenen Flächen in dieser Art zu bewirtschaften?

- ist geplant auch auf weitere geeignete Bereiche zu erweitern?

- sind im Verhältnis zum regelmäßigen Mähen, durch diese Gestaltungsmöglichkeit von Grünflächen, erheblich höhere Kosten entstanden, oder liegt die Maßnahme im weitgehend kostenneutralen Rahmen?

ANLAGE

6. 11-F-07-0013

Dietenmühle

Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 13.09.2011

Die ursprünglichen Pläne für die Dietenmühle sahen vor, daß der Kurpark nach Abbruch des 70er-Jahre-Baus um 3.000 Quadratmeter erweitert würde. Die Stadt wollte das Areal für 170.000 Euro erwerben, 80.000 Euro sollten für die Anlage der Grünfläche ausgegeben werden. Inzwischen hat die Verwaltung mitgeteilt, daß der Eigentümer des Grundstückes dieses aus steuerlichen Gründen nicht verkaufen will. Das Gelände liegt verwahrlost da, außerdem ist der Gehweg an den Platanen schlecht zu begehen wegen der Unebenheiten, die durch die Baufahrzeuge verursacht worden sind.

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

1)ob die hier tätige Baufirma wegen der Schäden am Gehweg in Regreß genommen wurde, und wenn nein, weshalb nicht;

2)was die Verwaltung zu tun gedenkt, um den Gehweg instand zu setzen und für eine regelmäßige Reinigung zu sorgen;

3)ob die Verwaltung Möglichkeiten sieht, den Eigentümer des Areals, wenn er schon nicht bereit ist zu verkaufen, dazu zu bringen, daß er dieses Areal in einer dem Kurpark angemessenen Form herrichtet.

7. 11-F-33-0023

Machbarkeitsstudie für Biomasse-Vergärungsanlagen und Holzhackschnitzel-Kraftwerke
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 13.09.2011

Machbarkeitsstudie für Biomasse-Vergärungsanlagen und Holzhackschnitzel-Kraftwerke
Mit der so genannten Energiewende hat der Deutsche Bundestag beschlossen, bis zum Jahre 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland stillzulegen. Damit wurde der Weg zu einem verstärkten Einsatz regenerativer und umweltfreundlicher Energiequellen frei gemacht.

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden bedeutet dies, dass künftig viel stärker als bisher die Förderung alternativer Energiegewinnung im Mittelpunkt der kommunalen Energieversorgung stehen muss. Dabei sollten alle alternativen Energieressourcen gleichermaßen in Betracht gezogen werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten je eine Machbarkeitsstudie für eine oder mehrere Biomasse-Vergärungsanlagen (Biogasanlagen) sowie für Holzhackschnitzel-Kraftwerke anzufertigen.

In Bezug auf die Holzhackschnitzel-Kraftwerke ist zur Erhöhung der Energieeffizienz eine Kraft-Wärme-Kopplung vorzusehen.

Die Nutzung der Biomasse-Vergärungsanlagen soll vor allem durch landwirtschaftliche Abfallprodukte, Holzabfälle, Grünschnitt, Gartenabfälle und sonstige kompostierbare Abfallprodukte erfolgen. Die Nutzung von eigens für diesen Zweck produzierten Rohstoffen soll hingegen ausgeschlossen sein.

8. 11-F-03-0064

Beeinträchtigung von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch freilaufende Hunde
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2011

Freilaufende Hunde und ihre Hinterlassenschaften stellen in zunehmendem Maße ein Problem für Wiesbadener Landwirte dar.

Hunde, die durch Getreidefelder laufen, verursachen dort Schäden und damit wirtschaftliche Einbußen für die Landwirtschaft. Hundekot auf Feldern und Mähwiesen beeinträchtigt die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte. Die Verunreinigung mit Kot von Getreide, Feldfrüchten, Grünfutter und Heu ist nicht vereinbar mit den hygienischen Anforderungen an die Erzeugung von Lebensmitteln und kann Gesundheitsschäden bei Verbrauchern und Nutztieren verursachen.

Freilaufende Hunde gefährden darüber hinaus Bodenbrüter und Niederwild in der Feldflur.

Der Umweltausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. in Absprache mit der Wiesbadener Landwirtschaft eine Informationskampagne zum Thema Hunde in der Feldflur durchzuführen. Insbesondere sollten an von Hundehaltern besonders stark frequentierten Wegen entsprechende Hinweisschilder aufgestellt werden.
2. dass an Hauptspazierwegen in Wald und Feld Kotbeutel-Spender und Mülleimer installiert werden.

9. 11-F-03-0063

Lärmaktionsplan - Straßenverkehr - Wiesbaden
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2011

Der Lärmaktionsplan - Straßenverkehr- für den Ballungsraum Wiesbaden ist mit seiner Veröffentlichung am 15. November 2010 in Kraft getreten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche der Projekte sind bereits vollzogen und welche befinden sich in der Planung, um kurz- und mittelfristig die Schwellenwerte von

65/60 dB(A) LDEN (24-Stunden-Wert)
55/50 dB(A) Lnight (Nachtpegel 22.00 - 06.00 Uhr)

einzuhalten.

2. Die Bundesregierung hat im Frühsommer 2010 die Grenzwerte zur Lärmsanierung an allen Straßen in der Baulast des Bundes um 3 dB(A) herabgesetzt. Diese Absenkung führt zu einem höheren Lärmschutzniveau für die Betroffenen und verbessert deren Rechtsanspruch auf Lärmsanierung.

Welche konkreten Auswirkungen werden sich daraus für die Anwohner/innen an den Bundesautobahnen (A3, A66, A643, A671) und den Bundesstraßen (B 54, B 260, B263, B 417, B 455) im Stadtgebiet ergeben?

3. Nach § 47d Abs. 2 Bundesimmissionsschutzgesetz soll es auch Ziel der Lärmaktionsplanung sein, ruhige Gebiete gegen eine Zunahme von Lärm zu schützen.

- Hat eine Identifizierung solcher Gebiete stattgefunden?
- Sind Maßnahmen vorgesehen, diese Gebiete vor einer zunehmenden Verlärmung zu schützen?

10. 11-F-03-0062

Windkraft in Wiesbaden

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2011

Die Stadt Wiesbaden hat im Jahr 2010 mit den Planungen zur Errichtung von Windkraftanlagen in Wiesbaden begonnen. In diesem Zusammenhang wurden Daten über die Windverhältnisse im Stadtgebiet ermittelt und erste Aussagen über die prinzipiell geeigneten Standorte getroffen - mit dem Ergebnis: Die geprüften Standorte seien „grundsätzlich wirtschaftlich“.

Für das Gebiet am Dachskopf in Breckenheim wurden auf der Grundlage dieser Daten bereits Planungsentwürfe erstellt, die wir in der vorliegenden Form ablehnen, weil eine hochwertige Naturwaldfläche beeinträchtigt würde. Es müssen in Abstimmung mit Fachleuten, der betroffenen Ortsgemeinde und lokalen Interessengruppen alternative Standorte gesucht werden. Neben dem Dachskopf sind in Wiesbaden weitere Standorte möglich, mit teils noch erheblich besseren Windverhältnissen, z.B. auf der Hohen Wurzel. Prinzipiell sollten alle geeigneten Standorte im Hinblick auf ihre technische, ökonomische, naturverträgliche und genehmigungsrechtliche Machbarkeit hin geprüft werden. Um schnelle Erfolge beim Klimaschutz zu erreichen, sind die Planungen zügig durchzuführen.

Auf Standorten, die nach Prüfung den oben genannten Kriterien entsprechen, sind unverzüglich Windkraftanlagen zu errichten.

Im Hinblick auf die Klimaschutzziele der Stadt möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. die bereits angelaufenen Planungen für den Bau von Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Wiesbaden unverzüglich fortzusetzen. Im Einzelnen:

- Verfeinerung des Gesamtkonzepts

- Überarbeitung der Standortauswahl Breckenheim-Dachskopf unter Ausparung der ökologisch wertvollen Naturwaldfläche und in Absprache mit der Nachbargemeinde Hofheim

- Prüfung des Standorts Hohe Wurzel unter Berücksichtigung der FFH-Verträglichkeit und in Absprache mit dem benachbarten Rheingau-Taunus-Kreis,

2. eine Kooperation mit der Gemeinde Hofheim und dem Rheingau-Taunus-Kreis bei der Windkraft-Standortsuche umgehend in die Wege zu leiten,

3. einen Zeitplan bis zur Erstellung einer Beschlussvorlage vorzulegen.

11. 11-F-08-0041

Dioxinbelastung von Sportplätzen
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 14.09.2011

Wiederholt war die Problematik bei der Nutzung von Ascheplätzen/Hartplätzen Thema in verschiedenen Ortsbeiräten und fand ihren Niederschlag in Presseberichten. Auch Anträge und Anfragen in der Stadtverordnetenversammlung und in ihren Ausschüssen hatten diese Problematik zum Gegenstand. Bekanntlich besteht insbesondere auf Plätzen, bei denen „Kieselrot“ als Belag Verwendung fand, ein gesundheitliches Risiko durch Dioxinbelastung.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

1. Bei welchen Sportplätzen (in städtischem Eigentum) handelt es sich um Ascheplätze/Hartplätze?
2. Für welche dieser Plätze ist eine Umwandlung in Kunstrasenplätze vorgesehen? Zu welchem Zeitpunkt?
3. An welchen Schulen fällt gegenwärtig Sportunterricht aus bzw. werden schulnahe Sportplätze nicht bzw. nicht mehr genutzt aufgrund (insbesondere gesundheitlich) bedenklicher Staubentwicklung?
4. Hinsichtlich welcher Sportplätze sind dem Magistrat Klagen von Schulen oder Vereinen diesbezüglich bekannt?
5. Ist der Magistrat bereit hinsichtlich der noch vorhandenen Ascheplätze/Hartplätze eine Erklärung abzugeben, dass die Nutzung zum Schul- und Vereinsport gesundheitlich unbedenklich ist?

12. 11-F-03-0059

Gesamtlärmbelastung Wiesbadens durch Straßen-, Schienen- und Luftverkehr
Überweisungsbeschluss der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0347 vom 01.09.2011

ANLAGE

12.1 11-F-33-0019

Gesamtlärmbelastung Wiesbadens durch Straßen-, Schienen, und Luftverkehr
-Überweisungsbeschluss der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0348 vom 01.09.2011

ANLAGE

13. 11-F-03-0053

Fluglärm

-Überweisungsbeschluss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration Nr. 0060 vom 23.08.2011

ANLAGE

14. 11-F-03-0037

Wirksamer Schutz vor Luftverschmutzung durch Straßenverkehr

-Bericht des Magistrats

ANLAGE zu TOP 15 und 15.1

14.1 11-F-23-0005

Wirksamer Schutz vor Luftverschmutzung durch Straßenverkehr

Bericht des Magistrats

15. 11-F-23-0008

Alleebäume in Wiesbaden

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0044 vom 16.08.2011
Bericht

ANLAGE

16. 11-A-51-0001

Zustand der Platanen auf dem Bowling Green

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0058 vom 16.08.2011

ANLAGE

17. 11-V-61-0032

DL 24/11

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Hans-Böckler-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

- Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

18. Aktuelles aus dem Magistrat

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

11-V-20-0049

DL 24/11

Investitionscontrolling 2. Quartal 2011

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender